RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Versorgung der urgewählten Wahlbeamten auf Zeit im Saarland

Themen:

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

A. Eintritt in den Ruhestand

B. Anspruch auf Ruhegehalt

Höhe des Ruhegehaltes

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Ruhegehaltssatz

Versorgungsabschlag

Vergleichsberechnung

C. Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand

Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst

Erwerbseinkommen aus selbständiger Tätigkeit bzw. außerhalb des öffentlichen Dienstes

- Beispielsberechnungen

D. Auswirkungen von anderen Versorgungsansprüchen

Anrechnung von gesetzlichen Renten auf die Versorgungsbezüge

Anrechnung weiterer Versorgungsansprüche auf das Ruhegehalt

- Beispielsberechnungen

E. Auswirkung einer Ehescheidung auf die Versorgungsbezüge

- Beispielsberechnung

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Für Beamte auf Zeit gelten die Vorschriften für Beamte auf Lebenszeit entsprechend, soweit durch Landesrecht nichts anderes bestimmt ist (§ 6 Beamtenstatusgesetz -BeamtStG- i.V.m. § 119 Abs. 1 SBG).

Ruhestand kraft Gesetzes:

Für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte auf Zeit, **die von den Bürgern gewählt sind,** bildet grundsätzlich das vollendete **68. Lebensjahr** die Altersgrenze (§ 120 Nr. 2 Satz 2 SBG).

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Ruhestand auf Antrag:

Nach Vollendung **des 65. Lebensjahres** ist der Beamte auf Zeit auf **seinen Antrag** in den Ruhestand zu versetzen (§ 120 Nr. 2 Satz 2 Halbsatz 2 SBG).

In diesem Falle beginnt der Ruhestand zu den in § 47 Abs. 2 SBG genannten Zeitpunkten.

Die besondere gesetzliche Regelung verschließt die Möglichkeit, auf eigenen Antrag mit vollendetem 63. Lebensjahr oder als schwerbehinderter Mensch mit Vollendung des 62. Lebensjahres in den Ruhestand versetzt zu werden.

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Der Beamte auf Zeit tritt vor Erreichen der Altersgrenze mit Ablauf der Zeit, für die er ernannt ist, in den Ruhestand, wenn er nicht entlassen oder im Anschluss an seine Amtszeit für eine weitere Amtszeit erneut in dasselbe Amt berufen wird (§ 43 Abs. 4 SBG).

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Der Beamte auf Zeit ist nach Ablauf der Amtszeit verpflichtet, das bisherige Amt weiterzuführen, wenn er unter **mindestens gleich günstigen Bedingungen** für **wenigstens die gleiche Zeit** wiederernannt werden soll (§ 119 Abs. 3 SBG i.V.m. § 56 KSVG).

Stellt sich der Beamte nicht der Wiederwahl, ist er zu entlassen.

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

gleich günstige Bedingungen:

hierzu zählen **Besoldung** und **Aufwandsentschädigung**:

Die bisherige höhere Besoldung verbleibt bei Weiterführung des Amtes durch Wiederwahl (§ 2 Abs. 3 Saarländische Kommunalbesoldungsordnung).

Die Aufwandsentschädigung kann der Gemeinderat durch Beschluss herabsetzen.

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

wenigstens die gleiche Zeit:

Für die Zeit bis zu den ersten mit der allgemeinen Kommunalwahl im Jahre 2009 durchzuführenden Direktwahlen hat der Gesetzgeber eine besondere Übergangsregelung vorgesehen (Art. 4 des Gesetzes zur Bündelung von Direktwahlen).

Für die im Amt befindlichen hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit gilt § 129 Abs. 3 SBG (jetzt: § 119 SBG) mit der Maßgabe, dass die Beamten nach Ablauf ihrer Amtszeit verpflichtet sind, das Amt auch dann weiterzuführen, wenn sie für eine Amtszeit von weniger als acht aber mehr als fünf Jahren wiederernannt werden sollen (Art. 4 Absatz 4).

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Zusätzlich zu diesen Voraussetzungen besteht die Verpflichtung ebenfalls nur, wenn der Zeitpunkt der Wiederwahl **spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit** liegt (§ 56 Abs. 4 KSVG).

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

ABER:
Für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte auf Zeit, **die von den Bürgern zu wählen sind**, entfällt die Verpflichtung sich der Wiederwahl zu stellen gemäß § 119 Abs. 3 SBG mit **Vollendung des 63. Lebensjahres** (§ 120 Nr. 3 Satz 1 SBG).

Nach Ablauf von zwei Amtszeiten entfällt die Verpflichtung mit der Vollendung des 60. Lebensjahres (§ 120 Nr. 3 Satz 2 SBG).

Eintritt der urgewählten kommunalen Wahlbeamten auf Zeit in den Ruhestand

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit:

Wird der kommunale Wahlbeamte auf Zeit im Laufe seiner Amtszeit **dienstunfähig**, gelten die allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen für die Versetzung in den Ruhestand (§ 119 Satz 1 i.V.m. § 43 ff. SBG).

Anspruch auf Ruhegehalt

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Der Anspruch entsteht grundsätzlich mit Beginn des Ruhestandes.

Weitere Voraussetzung: Es muss eine 5-jährige Dienstzeit (sogenannte Wartezeit) erfüllt sein (§ 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BeamtStG i.V.m. § 120 Nr. 2 Satz 3 u. § 4 Abs. 1 SBeamtVG). Diese setzt sich grundsätzlich zusammen aus sogenannten ruhegehaltfähigen „Istzeiten“:
Für die Wartezeit rechnen die in einem Beamtenverhältnis im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 6 SBeamtVG) zurückgelegten Dienstzeiten [z.B. Zeit als Beamter auf Widerruf (Referendar, Anwärter)]. Dies gilt auch für Zeiten in einem Richterverhältnis. Darüber hinaus sind Zeiten des berufsmäßigen und nichtberufsmäßigen Wehrdienstes anzurechnen (§§ 9 und 10 SBeamtVG). Zeiten des Zivildienstes sind dem Wehrdienst gleichgestellt (§ 72 Abs. 2 Zivildienstgesetz).

Anspruch auf Ruhegehalt

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Die Wartezeit gilt **nicht** bei Dienstunfähigkeit infolge eines Dienstunfalls.

Sofern der Beamte auf Zeit nicht mindestens eine 5-jährige Dienstzeit abgeleistet hat oder durch einen Dienstunfall dienstunfähig geworden ist, endet das Dienstverhältnis mit der Entlassung ohne einen Anspruch auf Versorgung. In diesem Falle wird er für die Dauer seiner Amtszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert.

Im Falle der Entlassung wegen Dienstunfähigkeit kann aber gemäß § 80 Abs. 5 SBeamtVG ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Ruhegehaltes bewilligt werden (§§ 18 und 29 SBeamtVG).

Höhe des Ruhegehalts

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Die Höhe des Ruhegehalts richtet sich nach der Höhe der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge und der individuell zu errechnenden ruhegehaltfähigen Dienstzeit.

Höhe des Ruhegehalts

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Ruhegehaltfähige Dienstbezüge

Ruhegehaltfähig sind grundsätzlich die Dienstbezüge, die dem Beamten zuletzt zugestanden haben (§ 5 Abs. 1 Satz 1 SBeamtVG). Hierbei gilt auch für kommunale Wahlbeamte auf Zeit grundsätzlich eine Zweijahresfrist (§ 5 Abs. 3 Satz 1 SBeamtVG), während der sie die Dienstbezüge dieses oder eines mindestens gleichwertigen Amtes erhalten haben müssen.

Zu den Dienstbezügen zählt das Grundgehalt, das dem Beamten zuletzt zugestanden hat, und der Familienzuschlag bis zur Stufe 1.
Kinderbezogene Anteile des Familienzuschlags werden in voller Höhe **neben** dem Ruhegehalt gezahlt.

Höhe des Ruhegehalts

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Ruhegehaltfähige Dienstzeit

Zur ruhegehaltfähigen Dienstzeit zählen Zeiten, die im Beamten- oder Richterverhältnis zurückgelegt wurden (§ 6 SBeamtVG), Zeiten eines berufsmäßigen Wehrdienstes und vergleichbare Zeiten (§ 9 SBeamtVG) sowie Zeiten eines nichtberufsmäßigen Wehrdienstes und vergleichbare Zeiten (§ 10 SBeamtVG), beispielsweise Zivildienst.

Höhe des Ruhegehalts

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Die für Wahlbeamte auf Zeit geltende Sonderregelung des § 80 SBeamtVG ermöglicht es, Zeiten des Erwerbs förderlicher Fachkenntnisse bis zu einer Gesamtzeit von vier Jahren als ruhegehaltfähige Dienstzeit zu berücksichtigen.

Innerhalb dieses Höchstzeitraumes kann die Zeit einer Fachhochschul- oder Hochschulausbildung bis zu drei Jahren berücksichtigt werden (§ 80 Abs. 9 SBeamtVG). Hierzu ist ein Antrag des Wahlbeamten auf Zeit erforderlich.

Höhe des Ruhegehalts

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Eine gesetzliche Möglichkeit der Anrechnung von Ausbildungszeiten (§ 13 SBeamtVG) und Vordienstzeiten (§ 11 SBeamtVG) besteht grundsätzlich nicht, weil im Saarland nach dem Gesetz Nr. 1334 zur Änderung von Versorgungsvorschriften auf dem Gebiet des Kommunalselbstverwaltungsrechts und des Kommunalwahlrechts vom 11.05.1994 von dem von den Bürgern zu wählenden Bürgermeister neben dem Eintritt für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes nur mehr formale Kriterien gefordert werden.

Höhe des Ruhegehalts

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Eine Ausnahme beinhaltet § 54 Abs. 3 KSVG:

In Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern muss der **Bürgermeister oder ein hauptamtlicher Beigeordneter oder ein anderer leitender Beamter der Gemeinde** die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst bzw. Richteramt besitzen. Dies setzt ein Studium voraus, das auf Antrag nach § 13 SBeamtVG anzuerkennen ist.

Ruhegehaltssatz

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Für die Versorgung der Beamten auf Zeit und ihren Hinterbliebenen gelten die Vorschriften für die Versorgung der Beamten auf Lebenszeit und ihrer Hinterbliebenen entsprechend, sofern im Gesetz nichts anderes bestimmt ist (§ 80 Abs. 1 SBeamtVG).

Nach den **allgemeinen** versorgungsrechtlichen Bestimmungen (§ 16 SBeamtVG) beträgt der Ruhgehaltssatz für jedes Jahr ruhegehaltfähiger Dienstzeit 1,79375 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge. Er beträgt mindestens 35 v.H. und höchstens 71,75 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehaltssatzes (§ 17 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Der sich nach den sonstigen Vorschriften berechnete Ruhegehaltssatz erhöht sich vorübergehend auch für den Beamten auf Zeit, wenn er vor Vollendung der Regelaltersgrenze nach § 43 Abs. 1 und 2 SBG in den Ruhestand getreten ist und er

- zu Beginn des Ruhestands die Wartezeit von 60 Kalendermonaten für eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt hat,
- wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden ist,
- einen Ruhegehaltssatz von 66,97 vom Hundert noch nicht erreicht hat u n d
- keine Einkünfte bezieht, die durchschnittlich im Monat 450 Euro überschreiten.

Versorgungsabschlag

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Bei einem wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzten Wahlbeamten auf Zeit ist § 16 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 SBeamtVG (Versorgungsabschlag in Höhe von max. 10,8 v.H.) **nicht** anzuwenden, **wenn** er nach Ablauf seiner Amtszeit sein Amt weitergeführt hatte, obwohl er gesetzlich nicht dazu verpflichtet war **und** mit Ablauf seiner Amtszeit bereits eine Versorgungsanwartschaft erworben hatte.

Die Zurechnungszeit beträgt abweichend von § 15 Abs. 1 Satz 1 SBeamtVG ein Drittel der Zeit vom Eintritt in den Ruhestand bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahr (vgl. § 80 Abs. 6 S. 2 SBeamtVG).

Vergleichsberechnung

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Nach der Sonderregelung des § 80 Abs. 2 SBeamtVG beträgt das Ruhegehalt für Wahlbeamte auf Zeit, die eine **ruhegehaltfähige Dienstzeit von zehn Jahren** zurückgelegt haben, wenn es für sie günstiger ist, **nach einer Amtszeit von acht Jahren als Wahlbeamter auf Zeit** 33,48345 v.H. und steigt mit jedem weiteren **vollen Amtsjahr** um 1,91333 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge bis zum Höchstruhegehaltssatz von 71,75 v.H. (weitere 20 Jahre).

➔ Höchstruhegehaltssatz nach 28 vollen Dienstjahren.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Bezieht ein Versorgungsberechtigter Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen erhält er daneben seine Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der Höchstgrenze.

Ermittlung der Höchstgrenze

Als Höchstgrenze gemäß § 64 Abs. 2 SBeamtVG gelten die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet, ggf. zuzüglich des Unterschiedsbetrages zum Familienzuschlag.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Beim Einkommen ist zwischen zwei Einkommensarten zu unterscheiden:

1. Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst gemäß § 64 Abs. 6 SBeamtVG

Welches Einkommen fällt unter diese Vorschrift?
Hierunter fällt das Erwerbseinkommen aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst (Verwendungseinkommen). Dies ist jede Beschäftigung im Dienst von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des deutschen öffentlichen Rechts und ihrer Verbände; ausgenommen ist die Beschäftigung bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder ihren Verbänden.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Der Verwendung im öffentlichen Dienst steht die Verwendung im öffentlichen Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung gleich, an der eine Körperschaft oder ein Verband im Sinne des Satzes 1 durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

2. Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes gemäß § 64 Abs. 5 SBeamtVG

Was ist Erwerbs- bzw. Erwerbsersatzeinkommen?

Erwerbseinkommen sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit einschließlich Abfindungen, aus selbständiger Arbeit sowie aus Gewerbebetrieb und aus Land- und Forstwirtschaft.

Es ist der monatliche Bruttobetrag anzurechnen, vermindert um die mit Einkommenssteuerbescheid nachgewiesenen Werbungskosten bzw. um die Werbungskostenpauschale (derzeit 100,00 € monatlich).

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Nicht als Erwerbseinkommen gelten Aufwandsentschädigungen, ein Unfallausgleich sowie Einkünfte aus Tätigkeiten, die nach Art und Umfang Nebentätigkeiten im Sinne des § 42 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 des Beamtenrechtsrahmengesetzes (analog § 80 Abs. 1 Nr. 3 SBG a.F.) entsprechen.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Gemäß § 80 Abs. 1 Nr. 3 SBG a.F. ist die Übernahme einer schriftstellerischen, wissenschaftlichen, künstlerischen (Neben-)Tätigkeit oder die Übernahme einer Vortragstätigkeit des Beamten genehmigungsfrei.

Nach Kommentar Juncker (Anmerkung Nr. 6 zu § 80 SBG a.F.) gehört zur schriftstellerischen Tätigkeit jede schöpferische Darstellung ohne Rücksicht auf den Gegenstand und ohne Rücksicht auf den Ort der Veröffentlichung.
Die schriftstellerische Tätigkeit schließt die Verbreitung des aus dieser Tätigkeit hervorgegangenen Werkes gegen Entgelt ein, da sie sonst nicht ausdrücklich für genehmigungsfrei erklärt zu werden brauchte.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Erwerbsersatzeinkommen sind Leistungen, die auf Grund oder in entsprechender Anwendung öffentlich-rechtlicher Vorschriften kurzfristig erbracht werden, um Erwerbseinkommen zu ersetzen (§ 18a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch).

Hierunter fallen z.B. Kranken-, Mutterschafts-, Übergangs-, Arbeitslosengeld und vergleichbare Leistungen.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Wie und in welchem Umfang erfolgen die Anrechnungen auf das Ruhegehalt?

<u>Zu 1.</u> Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst gemäß § 64 Abs. 6 SBeamtVG

Gemäß § 64 Abs. 7 SBeamtVG findet für Wahlbeamte auf Zeit im Ruhestand beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen und Verwendungseinkommen anstelle der Absätze 1 bis 6, **§ 53 BeamtVG in der bis 31.12.1998** geltenden Fassung Anwendung.

Die verschärfte Anrechnung bei Eintritt in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit (Höchstgrenze nur 71,75 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zuzüglich 450 €) kommt nicht zur Anwendung; ebenso nicht die Mindestbelassung der Versorgungsbezüge. Die **Höchstgrenze** ist mit der in § 64 Abs. 2 SBeamtVG identisch.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

(Bei Verwendung im öffentlichen Dienst)

Wenn die Summe aus Einkommen und Versorgungsbezügen diese Höchstgrenze übersteigt, führt dies zu einem Ruhen der Versorgungszüge in Höhe des übersteigenden Betrages. Bei Weiterbeschäftigung über die gesetzliche Altersgrenze hinaus erfolgt auch weiterhin eine Ruhensberechnung.

Vergleiche hierzu das Beispiel auf der nachfolgenden Folie

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Beispiel*: Es wird ein Verwendungseinkommen von 4.000 € monatlich unterstellt

A) Ermittlung der Höchstgrenze

Bes. Gr. B 2 (Stand 4/2021)	7.784,04 €
+ Familienzuschlag	140,83 €
zusammen	7.924,87 €

B) Ermittlung Gesamteinkommen

Versorgungsbezug	
(71,75 v.H. aus B 2)	5.686,09 €
+ Verwendungseinkommen	4.000,00 €
insgesamt	9.686,09 €

C) Ermittlung Ruhensbetrag

Gesamteinkommen	9.686,09 €
- Höchstgrenze	7.924,87 €
Ruhensbetrag	1.761,22 €

D) Geregelter Versorgungsbezug

Versorgungsbezug	5.686,09 €
- Ruhensbetrag	1.761,22 €
gekürzter Versorgungsbezug	3.924,87 €

**Bei dem Berechnungsbeispiel wurde im Hinblick auf die Übersichtlichkeit der Korrekturfaktor auf die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge außer Ansatz gelassen (vgl. Merkblatt: Korrekturfaktor bei Wegfall der jährlichen Sonderzahlung).*

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Zu 2. : Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes gemäß § 64 Abs. 5 SBeamtVG

Die Versorgungsbezüge ruhen um 50 v.H. des Betrages, um den das Gesamteinkommen die Höchstgrenze überschreitet. Die Vorschrift über eine Mindestbelassung in Höhe von 20 v.H. des jeweiligen Versorgungsbezugs nach § 64 Abs. 3 SBeamtVG findet Anwendung.

Die Anrechnung dieses Einkommens endet mit dem Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze.

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Beispiel*: Es wird ein Erwerbseinkommen aus selbst. Arbeit von 4.000 € monatlich unterstellt

A) Ermittlung der Höchstgrenze

Bes. Gr. B 2 (Stand 4/2021)	7.784,04 €
+ Familienzuschlag	140,83 €
zusammen	7.924,87 €

B) Ermittlung Gesamteinkommen

Versorgungsbezug	
(71,75 v.H. aus B 2)	5.686,09 €
+ Verwendungseinkommen	4.000,00 €
insgesamt	9.686,09 €

**Bei dem Berechnungsbeispiel wurde im Hinblick auf die Übersichtlichkeit der Korrekturfaktor auf die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge außer Ansatz gelassen (vgl. Merkblatt: Korrekturfaktor bei Wegfall der jährlichen Sonderzahlung).*

C) Ermittlung Ruhensbetrag

Gesamteinkommen	9.686,09 €
- Höchstgrenze	7.924,87 €
Höchstgrenze wird überstiegen um	1.761,22 €
anrechnungsfrei	
davon - **50 v.H.** -	880,61 €

(§ 64 Abs. 7 i.V.m. § 53 Abs. 8 BeamtVG F. 1998)

D) Geregelter Versorgungsbezug

Versorgungsbezug	5.686,09 €
- Ruhensbetrag	880,61 €
gekürzter Versorgungsbezug	4.805,48 €

Hinzuverdienstregelungen nach Eintritt in den Ruhestand (§ 64 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Sofern das Erwerbseinkommen außerhalb des öffentlichen Dienstes so hoch bemessen wäre, dass es zum vollständigen Ruhen des Versorgungsbezuges käme bzw. der gekürzte Versorgungsbezug weniger als 20 v.H. des Versorgungsbezuges betragen würde, greift die Vorschrift des § 64 Abs. 3 SBeamtVG, wonach mindestens ein Betrag in Höhe von 20 v.H. des Versorgungsbezuges (= 20 v.H. von 5.686,09 € = 1.137,22 €) zu zahlen wäre (Mindestbelassungsbetrag).

Auswirkungen von anderen Versorgungsansprüchen

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

1. Gesetzlicher Rentenbezug (§ 66 SBeamtVG)

Ab dem Zeitpunkt des Zusammentreffens von Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, aus der gesetzlichen Unfallversicherung, der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes oder einer berufsständischen Versorgungseinrichtung sind die beamtenversorgungsrechtlichen Versorgungsbezüge gemäß § 66 SBeamtVG zu kürzen, wenn sie zusammen mit den Rentenleistungen eine bestimmte Höchstgrenze überschreiten.

Auswirkungen von anderen Versorgungsansprüchen

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Als Höchstgrenze gilt ein fiktiver Versorgungsbezug, bei dessen Berechnung eine fiktive ruhegehaltfähige Dienstzeit vom vollendeten 17. Lebensjahr bis zum Eintritt des Versorgungsfalles zuzüglich ruhegehaltfähiger Dienstzeiten vor Vollendung des 17. Lebensjahres sowie der Zeiten, um die sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht, und der bei der Rente berücksichtigten Zeiten einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit nach Eintritt des Versorgungsfalles angesetzt wird. Die Höchstgrenze berechnet sich bei aufsteigenden Gehältern (Besoldungsordnung A) immer aus der Endstufe der Besoldungsgruppe.

Auswirkungen von anderen Versorgungsansprüchen

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Die auf freiwilligen Beiträgen beruhenden Rententeile bleiben bei der Anrechnung außer Ansatz.

Die Rente selbst wird nicht angetastet; ggf. wird die Versorgung um den Betrag, der die Höchstgrenze überschreitet, gekürzt.

Auswirkungen von anderen Versorgungsansprüchen

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Beispiel:* Wahlbeamter auf Zeit, geb. am 01.07.1964,
Ruhestandsbeginn 01.07.2026,
Ruhegehaltssatz 65 v.H.,
Versorgungsbezüge 4.290 € monatlich (ruhegehaltfähige Dienstbezüge 6.600 € monatlich)
Ab 01.07.2031 Anspruch auf eine gesetzliche Rente von 600 € mtl., keine freiwilligen Beiträgsleistungen

A) Ermittlung der Höchstgrenze

fiktive ruhegehaltfähige Dienstzeit

Eintritt in den Ruhestand mit Ablauf des		30.06.2026
Tag nach Vollendung des 17. Lebensjahres		01.07.1981
Zeitdifferenz		45 Jahre
Fiktiver Ruhegehaltssatz	(45 x 1,79375 v.H.)	max. 71,75 v.H.
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge		6.600,00 €

Auswirkungen von anderen Versorgungsansprüchen

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

fiktiver Versorgungsbezug = Höchstgrenze

71,75 v.H. aus 6.600 €	4.735,50 €

B) Ermittlung Gesamteinkommen

Versorgungsbezug	
(65 v.H. aus 6.600 €)	4.290,00 €
+ gesetzliche Rente	600,00 €
insgesamt	4.890,00 €

C) Ermittlung Ruhensbetrag

Gesamteinkommen	4.890,00 €
- Höchstgrenze	4.735,50 €
Ruhensbetrag	154,50 €

D) Geregelter Versorgungsbezug

Versorgungsbezug	4.290,00 €
- Ruhensbetrag	154,50 €
gekürzter Versorgungsbezug	4.134,50 €

**Bei dem Berechnungsbeispiel wurde im Hinblick auf die Übersichtlichkeit der Korrekturfaktor auf die ruhegehaltfähigen Dienstbezüge außer Ansatz gelassen (vgl. Merkblatt: Korrekturfaktor bei Wegfall der jährlichen Sonderzahlung).*

Auswirkungen von anderen Versorgungsansprüchen

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

2. Weitere Versorgungsansprüche (§ 65 SBeamtVG)

Bezieht der Wahlbeamte auf Zeit im Ruhestand weitere Versorgungsbezüge (Ruhegehalt, Witwergeld), so wird im Rahmen des § 65 BeamtVG-ÜSL eine Ruhensregelung durchgeführt, wobei der letzte (neue) Versorgungsbezug gezahlt und der frühere Versorgungsbezug geregelt wird.

Begrenzt wird die Kürzungsregelung durch die in § 65 Abs. 3 SBeamtVG geregelte Mindestbelassung. Dem länger lebenden Ruhestandsbeamten / der länger lebenden Ruhestandsbeamtin muss mindestens eine Gesamtversorgung in Höhe des eigenen Ruhegehalts zuzüglich 20 % des Witwer-/Witwengeldes verbleiben.

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Zum 1.9.2009 ist das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleich und zeitgleich das Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in Kraft getreten.

Leitgedanke des reformierten Versorgungsausgleichsrechts ist, Versorgungsanwartschaften künftig grundsätzlich systemintern zu teilen.

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Nach § 16 Abs. 1 Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) ist für Anrechte aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis solange die externe Teilung nach den besonderen Regelungen des § 16 VersAusglG durchzuführen, bis für den jeweiligen Personenkreis in den für sie geltenden gesetzlichen Vorschriften die interne Teilung zugelassen wird.

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Im Saarland und den übrigen Bundesländern gilt weiterhin die externe Teilung: Die versorgungsrechtlichen Anrechte aus der Beamtenversorgung werden über die gesetzliche Rentenversicherung ausgeglichen.

Sind Anwartschaften in einer gesetzlichen Rentenversicherung nach Ehescheidung durch Entscheidung des Familiengerichts begründet worden, werden nach Wirksamkeit dieser Entscheidung die Versorgungsbezüge des verpflichteten Ehegatten und seiner Hinterbliebenen nach Anwendung von Ruhens-, Kürzungs- und Anrechnungsvorschriften gekürzt.

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Ermittlung des Kürzungsbetrages

Der Kürzungsbetrag für das Ruhegehalt berechnet sich aus dem Monatsbetrag der durch die Entscheidung des Familiengerichts begründeten Anwartschaften.

Dieser Monatsbetrag erhöht oder vermindert sich bei einem Beamten um die Hundertsätze, der nach dem Ende der Ehezeit bis zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand eingetretenen Erhöhungen oder Verminderungen der Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind.

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Aussetzung der Kürzung

Voraussetzungen - § 33 VersAusglG:
Solange die/der Ausgleichsberechtigte keine laufende Rente aus dem im Versorgungsausgleich erworbenen Anrecht erhält und sie/er gegen die/den Ausgleichspflichtigen einen gesetzlichen Unterhaltsanspruch hat, kann die Kürzung ausgesetzt werden.

Zuständig hierfür ist das Familiengericht aufgrund eines Antrags des/der Ausgleichspflichtigen (§ 34 VersAusglG).

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Beispiel:

Ausgangswerte:
Entscheidung des Familiengerichts rechtskräftig und wirksam seit 15.03.2002

begründete monatliche Anwartschaften: 788,88 DM
bezogen auf das Ende der Ehezeit am: 31.07.1999
Beginn Ruhestand: 01.08.2014

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Beispiel:
Ausgangswerte:
Entscheidung des Familiengerichts rechtskräftig und wirksam seit: 15.03.2002
begründete monatliche Anwartschaften: 788,88 DM
bezogen auf das Ende der Ehezeit am: 31.07.1999
Beginn Ruhestand: 01.08.2014

Berechnung des aktuellen Kürzungsbetrages bis Beginn Ruhestand:

Anpassungs-termin	v.H.-Satz	Betrag nach der Erhöhung	Faktor*	Betrag nach Anwendung des Faktors
01.01.2001	1,70	802,29 DM	-	-
01.01.2002	2,10	819,14 DM	-	-
01.01.2002	0,00	418,82 €	-	-
01.04.2003	2,30	428,45 €	0,99458	426,13 €

Auswirkungen einer Ehescheidung auf die Höhe der Versorgungsbezüge (§ 69 SBeamtVG)

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

01.04.2004	0,90	429,97 €	0,99456	427,63 €
01.08.2004	0,90	431,48 €	0,99452	429,12 €
01.04.2008	2,80	441,14 €	0,99449	438,71 €
01.03.2009*	1,11	443,58 €	0,99447	441,13 €
01.03.2009*	2,90	453,92 €	0,99443	451,39 €
01.03.2010	1,10	456,36 €	0,99440	453,80 €
01.07.2012	1,80	461,97 €	0,99438	459,37 €
01.09.2013	2,20	469,48 €		
01.09.2014	1,70	477,46 €		
Kürzungsbetrag zum Ruhestandsbeginn				477,46 €

Der Kürzungsbetrag ist bis zur achten auf den 31.12.2002 folgenden Anpassung (= 01.07.2012) mit einem Faktor zu multiplizieren, nachdem das Familiengericht das vor dem 1.1.2003 geltende Recht bei der Berechnung der auszugleichenden Versorgungsanwartschaften zugrunde gelegt hat.

*01.03.2009: Sonderfortschreibung des Kürzungsbetrages aufgrund Erhöhung von Besoldung und Versorgung um einen Sockelbetrag in Höhe von 40 €; anschließend Fortschreibung aufgrund der linearen Anpassung für feste Gehälter.

RZVK
Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

……. besuchen Sie uns auch im Internet:

www.rzvk-saar.de